



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

Januar - 2023

Ausgabe 6

Im Dienste der Bürger

Angesichts zahlreicher Krisen ist die Oppositionsarbeit
der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag wichtiger denn je



Auch als digitale Version:

www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/

INHALT



MIT VERNUNFT GEGEN DIE KRISE

Die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland legt Konzepte für eine interessengeleitete Politik vor



STROHFEUER SONDERVERMÖGEN

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert ein langfristiges Finanzierungskonzept für die Bundeswehr

3 VORWORT

8 WOHLSTAND BEWAHREN – ENERGIESICHERHEIT UND PREISSTABILITÄT HERSTELLEN

Positionspapier der Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag

11 DIE PAULSKIRCHE ZIEHT UM

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat einen neuen Sitzungssaal bezogen

12 GEGEN DIE CORONA-WILLKÜR DER BUNDESREGIERUNG

Die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland kämpft seit über zwei Jahren gegen die übergriffigen Corona-Maßnahmen in Deutschland – mit Erfolg

16 OHNE GAS KEINE LEBENSMITTEL

Bereits frühzeitig hat die AfD-Fraktion auf die verheerenden Auswirkungen einer Gasmangellage aufmerksam gemacht

18 AKTIVIERENDE GRUNDSICHERUNG STATT BEDINGUNGSLOSEM GRUNDEINKOMMEN

Die AfD-Fraktion will keine Geldgeschenke für Bedürftige, sondern diesen ermöglichen, ihr Potential zu entfalten

22 UNSER BUNDESTAG MUSS KLEINER WERDEN

Die AfD-Fraktion setzt sich in der Wahlrechtskommission des Deutschen Bundestages für eine Verschlinkung des Parlamentes ein

JETZT ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion **kostenfrei abonnieren**. Schicken Sie dazu eine E-Mail mit Ihrer Anschrift an: buerger@afdbundestag.de

Sie erhalten dann jede neue Ausgabe von **Fraktion Kompakt** bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.





Alle Signale auf **Rot**

Nach einem Jahr Ampel-Regierung stehen in Deutschland alle Signale auf Rot. Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP unter Bundeskanzler Olaf Scholz verstärkt durch ihr unbedachtes Handeln bestehende Krisen und beschwört durch ihre Politik neue herauf. Gleichzeitig macht sich die selbsternannte „Fortschritts-Koalition“ daran, unsere Heimat nach ihren Vorstellungen umzubauen; Vorstellungen und Ideen, die sich an linksideologischen Vorgaben orientieren, das Wohl Deutschlands und den Nutzen für seine Bürger aber weitgehend außer Acht lassen. Die Pläne für eine erleichterte Einbürgerung sind dafür ein besonders markantes Beispiel: Nach den Plänen der Bundesregierung und der sie stützenden Fraktionen und Parteien soll der deutsche Pass quasi an jeden, der sich lange genug in Deutschland aufhält, vergeben werden – unabhängig davon, ob er legal ins Land gekommen ist oder nicht.

Deutschland befindet sich in einer Wirtschafts- und Energiekrise, seine Bürger leiden unter Teuerung und Inflation. Wir erleben 2022, so die OECD, die wohl größte Zuwanderung nach Deutschland seit der Wiedervereinigung. Unser Sozialsystem ist überlastet, die Rente nicht mehr sicher; Krankenhäuser müssen Patienten aufgrund von Personal- und Bettenmangel abweisen und die Bundeswehr ist zur Landesverteidigung nicht mehr befähigt. Die Arbeit einer echten Opposition wie die der AfD-Fraktion ist daher notwendiger denn je. Wir haben die für unser Land gefährliche Politik von SPD, Grünen und FDP stets kritisiert, beschränken uns aber nicht darauf, die Fehler der Koalition aufzuzeigen, sondern legen eigene Konzepte und Anträge vor, mit denen wir konkrete Wege aus der Krise aufzeigen.

Dabei lassen wir uns nicht von den fortgesetzten Versuchen der Altparteien einschüchtern, die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag auszugrenzen. Wir werden weiterhin dafür streiten, dass wir endlich das uns zustehende Amt des Bundestagsvizepräsidenten sowie die uns ebenfalls vorenthaltenen Ausschussvorsitze besetzen können.

Bestärkt werden wir in unserer Arbeit durch die zahlreichen Rückmeldungen von Bürgern, die sich persönlich an uns oder an das Bürgertelefon der AfD-Fraktion wenden und uns wertvolle Anregungen für unsere parlamentarische Arbeit geben. Sie sind für uns Ermutigung und Verpflichtung.

Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende

Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender

Mit Vernunft geg

Die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland legt Konzepte für eine interessengeleitete Politik vor

Jeder Einkauf im Supermarkt endet mit einem Schock an der Kasse, die Furcht vor der nächsten Heizkostenabrechnung raubt immer mehr Bürgern den Schlaf und die anhaltend hohen Preise an den Tankstellen treiben nicht nur Pendler zur Verzweiflung. Und über allem steht die Frage: Was wird aus meinem Job, wenn immer mehr Betriebe und Unternehmen infolge der explodierenden Strom- und Gaspreise und den daraus resultierenden vielfältigen Problemen in eine Schieflage geraten?



Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen: Deutschland steht aufgrund der katastrophalen Politik der Ampel-Koalition vor der schwersten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Millionen Existenzen stehen auf dem Spiel, Deutschland droht die Deindustrialisierung, zahllosen Bürgern die Verarmung und dem Mittelstand eine beispiellose Insolvenzwelle.

Diese Belastungen für unser Land stellen die AfD-Fraktion in ihrer Rolle als Opposition vor besondere Herausforderungen. Dies gilt umso mehr, da die derzeitige Situation zu einem großen Teil einer Opposi-

tionsfraktion geschuldet ist: Allen voran die größte Oppositionsfraktion CDU/CSU trägt nämlich die Verantwortung dafür, dass sich die aktuelle Energiekrise weiter zuspitzt – unter anderem durch den im Jahr 2011 beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Ausmaße dieser Krise sind enorm: Während im Mai dieses Jahres der SPIEGEL der AfD-Fraktion in einem Artikel noch vorgeworfen hatte, sie wolle mit ihren Warnungen vor Stromausfällen lediglich Angst in der Bevölkerung schüren, sind Warnungen vor flächendeckenden Stromausfällen im Winter mittlerweile keine Panikmache mehr, sondern eine reale Gefahr. Dies räumte der Chef des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe selbst, Ralph Tiesler, jüngst im November in einem Interview ein.

Inflation ist nicht vom Himmel gefallen

Die AfD-Fraktion hat die Probleme, vor denen unser Land jetzt steht, nicht nur frühzeitig benannt – mit ihrem Positionspapier „Wohlstand bewahren – Energiesicherheit und Preisstabilität herstellen“ (siehe Seite 8) hat sie zudem ein Konzept vorgelegt, das einen Ausweg aus der Krise aufzeigt. Denn die galoppierende Inflation und die von der Ampel-Koalition so genannte „Energiekrise“ sind nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis von ideologiegetriebener Politik und jahrelangem Regierungsversagen. Seit ihrem Einzug in den Bundestag warnt die AfD-Bundestagsfraktion vor den katastrophalen Folgen einer künstlichen Verknappung von Energie durch die Energiewende und die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Mit ihrer Sanktionspolitik, die uns mehr schadet als Russland, und dem gegen Russland geführten Wirtschaftskrieg hat die Ampel das Problem weiter verschärft und entgegen jeder Vernunft darauf verzichtet, das für unser Land dringend benötigte Gas als Brückentechnologie wie bisher zu günstigen Preisen zu beziehen.

Für uns als AfD-Fraktion ist angesichts der gegenwärtigen Krise klar: Die völlig verfehlte Energiewende muss rückgängig gemacht und die Energiepreisexplosion durch eine Ausweitung des Energieangebotes

gen die Krise

eingedämmt werden. Die ausufernden Energiepreise sind für die hohe Inflation maßgeblich verantwortlich. Deutschland kann als Industriestaat nicht allein durch „erneuerbare“ Energien versorgt werden. Aus diesem Grund wollen wir die vom Steuerzahler zwangsfinanzierte Transformation zu einer weltfremden „Flutterstrom“-Wirtschaft beenden.

Eine Industrienation benötigt grundlastfähige Energie, wie sie Kohle- und Kernkraft bieten. Mit Blick auf die aktuelle Notlage und die Zukunft Deutschlands als Industrienation ist der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie, wie ihn die AfD-Fraktion als erste Bundestagsfraktion gefordert hatte (Bundestagsdrucksache 20/32), unumgänglich.

Unser Antrag zu diesem Thema:

Horizont erweitern – Kernenergie für umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung



Wir fordern daher eine langfristige Verlängerung der Laufzeiten der drei noch aktiven Kernkraftwerke – Isar II, Neckarwestheim II und Emsland –, die Bestellung neuer Brennstäbe sowie die Wiederinbetriebnahme der im vergangenen Jahr vom Netz ge-

gangenen Meiler. Drei Kernkraftwerke können Strom für rund zehn Millionen Haushalte erzeugen – mit der Inbetriebnahme der bereits stillgelegten Kernkraftwerke käme Strom für weitere zehn Millionen Haushalte hinzu. Damit könnte in etwa die Hälfte der Bevölkerung dauerhaft, sicher und zuverlässig mit Energie versorgt werden.

Die Nutzung von Kernenergie war jahrzehntelang hochentwickelten Ländern vorbehalten. Inzwischen wird Kernenergie von fast zwei Drittel der Weltbevölkerung genutzt; zudem planen viele weitere Länder einen Einstieg in die Kernenergie. Die moderne Kernkraft ist ein essenzieller Baustein im Energiemix der Zukunft. Die AfD-Fraktion fordert daher seit geraumer Zeit die Wiederaufnahme und umfassende Förderung der Forschungsarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie (Bundestagsdrucksache 20/4062).

Unser Antrag zu diesem Thema:

Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen – Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen und umfassend fördern



Die vorgesehene endgültige Abschaltung der letzten verbliebenen Kernkraftwerke im Frühjahr 2023 würde die Energiepreise und damit die Inflation erneut in die Höhe schnellen lassen sowie die Netzstabilität und Energiesicherheit in Deutschland und Europa gefährden – mit unabsehbaren Folgen für die Bürger und unsere Wirtschaft.

Ausstieg aus dem Euro ist unvermeidlich

Auch das „Euro-Weichgeld“ trägt zur derzeitigen Krise bei und macht die Deutschen arm: Die Europäische Zentralbank ist von einer effektiven Inflations-eindämmung noch weit entfernt – sie steckt in der Inflationsfalle, weil sie sich auf die schiefe Bahn der monetären Finanzierung von Schuldenstaaten begeben hat. Die AfD-Fraktion hat seit ihrem Einzug in den Bundestag im Jahr 2017 vor dieser Entwicklung gewarnt. Über kurz oder lang wird der Ausstieg aus dem gescheiterten Euro unvermeidlich. Bis dahin muss die Bundesregierung alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Inflation zu dämpfen.

Die Energiepreisexplosion und die quasi unkontrollierbare Inflation treffen vor allem die Schwächsten unserer Gesellschaft. Aber auch der Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, ist stark von den negativen Auswirkungen betroffen. Um die Bürger und Unternehmen in diesen schwierigen Zeiten schnellstmöglich zu entlasten, muss der Staat die Belastungen, die er ihnen selbst auferlegt, reduzieren – insbesondere durch Steuersenkungen auf Einkommen, Lebensmittel und Energie; durch Streichung der CO₂-Abgabe und Mehrwertsteuer auf Energie und durch Kürzung ideologisch und klientelpolitisch motivierter Staatsausgaben.

Unser Antrag zu diesem Thema:

Sofortmaßnahmen gegen die sozialen Folgen der Inflation



Viele dieser Forderungen hat die AfD-Bundestagsfraktion bereits in den Bundestag eingebracht, zum Beispiel mit dem Antrag „Sofortmaßnahmen gegen die sozialen Folgen der Inflation“ (Bundestagsdrucksache 20/191). Ziel unserer Forderungen ist es, Unternehmen, die unter den wirtschaftlichen Folgen der verantwortungslosen Regierungspolitik leiden, mehr Liquidität zu verschaffen, damit diese wieder durchstarten und zur gewohnten Stärke zurückfinden können. Unsere Bürger und Unternehmen brauchen spürbare und dauerhafte Entlastungen, weniger staatliche Gängelung und mehr Handlungsspielraum.

Die AfD-Bundestagsfraktion will Deutschland vor der größten Rezession in der Nachkriegsgeschichte bewahren und das „Erfolgsmodell Bundesrepublik“ für zukünftige Generationen erhalten. Hierzu bedarf es einer grundsätzlichen Kurskorrektur der Regierungspolitik und der Umsetzung unserer alternativen Politikkonzepte zur Bekämpfung der Krise. Die dramatische Entwicklung in den vergangenen Monaten hat eines gezeigt: Die Probleme unserer Zeit lassen sich nicht mit einer ideologiegetriebenen Politik lösen, sondern nur mit einer interessengeleiteten Politik im Sinne unseres Landes und seiner Bürger, wie sie die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag vertritt.

Themenfaltblätter der AfD-Bundestagsfraktion



afdbundestag.de/positionen-fuer-deutschland/



Wohlstand bewahren – Energie Preisstabilität herstellen

Positionspapier der Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag

Deutschland befindet sich in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise mit verheerenden Ausmaßen. Die Gründe hierfür sind überwiegend hausgemacht. Die ideologisch geprägte Politik der Bundesregierung gefährdet unsere Energiesicherheit, die Stabilität unserer Infrastruktur, unseren Wohlstand, den Wirtschaftsstandort Deutschland und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Versuch der Bundesregierung und ihrer Vorgänger, gleichzeitig aus der Kernkraft und der Kohleverstromung auszusteigen, ist gescheitert. Die sogenannte Energiewende führt zu einer beispiellosen Energiemangellage und zur ernsthaften Gefahr von Stromausfällen und Blackouts, die durch eine selbstzerstörerische Sanktionspolitik verschärft werden. Außerdem verstärkt diese Energiepolitik die Inflation massiv. Vor allem die jahrelange Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Negativzinsen und einer drastischen Erhöhung der Geldmenge hat den Boden für die höchsten Inflationswerte seit über 70 Jahren bereitet.

Mit den folgenden Punkten will die AfD-Bundestagsfraktion diese Katastrophe für Deutschland abwenden.

1. Günstige Energie sichert Wohlstand.

Das Projekt der „sozial-ökologischen Transformation“ ist zu beenden. Deutschland braucht weder eine ideologisch begründete Energieverknappung noch eine subventionierte Umstellung der Sektoren Verkehr, Wärme und Industrie auf Strom. Alle Energiequellen müssen genutzt werden, geplante Kraftwerkstilllegungen sind auszusetzen. Sämtliche stillgelegten, aber verfügbaren Kohlekraftwerke nebst inländischen Kohlebezugsquellen sind wieder in Betrieb zu nehmen. Die Vorrang einspeisung und Subvention „erneuerbarer Energien“ sind abzuschaffen.

2. Kernenergie ist Zukunftstechnologie.

Die Laufzeit der zur Stilllegung vorgesehenen Kernkraftwerke ist zu verlängern und deren Weiterbetrieb zu sichern. Entsprechendes gilt auch für früher abgeschaltete Kernkraftwerke. Für die langfristige Energieversorgung ist die Kernkraft als „grüne Energie“ unabdingbar. Eine intensive Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland muss zukünftig wieder ermöglicht werden.

Alle Energiequellen müssen genutzt und geplante Kraftwerkstilllegungen ausgesetzt werden.



Bildquelle: stock.adobe.com / © Dominik Neudicker

Sicherheit und

3. Eine stabile und günstige Gasversorgung ist entscheidend für eine sichere Zukunft.

Deutschland muss die Sanktionspolitik beenden und Nord Stream 1 und 2 nutzen und sichern. Maßnahmen der EU wie Importbeschränkungen und Verteilungszwänge, die unsere Gasversorgung gefährden, muss Deutschland entschieden entgegentreten. Deutschland muss ferner den Bezug von Gas in langfristigen, stabilen Verträgen sichern, da nur diese eine kostengünstige Versorgung garantieren.

4. Frieden ist der beste Garant für Sicherheit.

Wichtiges außenpolitisches Ziel der Bundesregierung muss eine Friedenslösung für die Ukraine sein. Eine solche ist unter Beteiligung der Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa dringend zu suchen.

5. Der Schutz der Infrastruktur und die Notfallversorgung der Bevölkerung im Falle eines Blackouts sind zu gewährleisten.

Zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den Betreibern kritischer Infrastruktur (KRITIS) sind unverzüglich Koordinierungsgespräche zur Umsetzung von Maßnahmen zur nachhaltigen Steigerung der KRITIS-Resilienz durchzuführen bzw. zu intensivieren.

Die Notfallvorsorge in Behörden der Kommunen, der Länder und des Bundes, in sozialen Einrichtungen sowie bei den KRITIS-Betreibern ist für den Fall längerer Stromabschaltungen oder -ausfälle zu

verstärken; insbesondere die Erstellung von Notfallplänen auf allen Ebenen ist sofort umzusetzen. Der Einsatz aller zur Krisenbewältigung erforderlichen Kräfte ist planerisch vorzubereiten und in weitaus größerem Umfang als bisher zu üben, um im Bedarfsfall einen effektiven und effizienten Kräfte- und Mitteleinsatz sicherzustellen.

6. Bürger vor Kaufkraftverlust infolge der EZB-Geldschwemme schützen.

Die jahrelange mandatswidrige Politik der EZB ist Ausgangspunkt und Hauptursache der heutigen Inflation und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise. Nach den EU-Verträgen ist ihre oberste Aufgabe die Sicherung der Geldwertstabilität. Die seit 2014 betriebene Nullzinspolitik und der Ankauf von Staatsanleihen, insbesondere von hochverschuldeten Ländern Südeuropas, ist unzulässige Wirtschaftspolitik und sorgt für erhebliche Kaufkraftverluste unserer Bürger. Diesem Treiben hätte die Bundesregierung schon vor Jahren durch Klagen vor dem EuGH ein Ende bereiten müssen. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, das vertragswidrige Verhalten der EZB jetzt endlich vom EuGH verbieten zu lassen.

Der Mindestlohn muss künftig auch die Inflation berücksichtigen.

7. Entlastung statt Enteignung: Grundnahrungsmittel, Strom und Gas sind keine Luxusgüter.

Das größte Steuersenkungsprogramm der letzten Jahrzehnte ist jetzt angezeigt. In einem ersten Schritt ist die Umsatzsteuer für Grundnahrungsmittel und

Das Faltblatt zu
diesem Artikel:



Energie (Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme, Kohle, Pellets), solange die Krise andauert, auf null Prozent zu senken.

Zudem ist die Stromsteuer abzuschaffen. Die enorm gestiegenen Kraftstoffpreise sollen durch eine erhebliche Senkung der Energiesteuer auf das Minimum reduziert werden. Die CO₂-Abgabe – insbesondere auf Benzin, Dieseltreibstoff sowie Gas – und der Emissionshandel sind vollständig abzuschaffen.

Die Versorgung mit preisgünstigem Diesel, Benzin und Heizöl und die dafür notwendigen Raffineriekapazitäten sind aufrechtzuerhalten, um eine massive Preissteigerung zu verhindern. Jegliches Ölembargo ist zu beenden. Die steuerliche Entfernungspauschale muss vom ersten Kilometer an auf 0,60 Euro erhöht werden. Der steuerliche Grundfreibetrag muss auf 12.600 Euro pro Jahr steigen. Eine weitere Belastung der Bürger durch die Einführung einer Vermögenssteuer bzw. einer Vermögensabgabe lehnen wir ab.

8. Löhne müssen armutsfest sein.

Damit der Mindestlohn seine Schutzfunktion erfüllen kann, soll die Mindestlohnkommission künftig

– neben der Tarifentwicklung – auch die Inflation berücksichtigen. Dazu soll die Inflation als weiteres Abwägungskriterium in § 9 Abs. 2 Mindestlohngesetz aufgenommen werden.

Die Umsatzsteuer für Grundnahrungsmittel und Energie muss vorübergehend auf null Prozent gesenkt werden.

Viele der genannten Forderungen hat die AfD-Fraktion bereits in den Deutschen Bundestag eingebracht, u. a. in Bundestagsdrucksache 20/3538 „Bürgern helfen statt Luftschlösser bauen – Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Energiekrise und Inflation“ oder in Bundestagsdrucksache 20/1862 „Öl- und Gasembargo verhindern – Bürger und Unternehmen schützen“.

Alle unsere Anträge finden Sie auf unserer Webseite unter: afdbundestag.de/antraege/

Die Paulskirche

zieht um

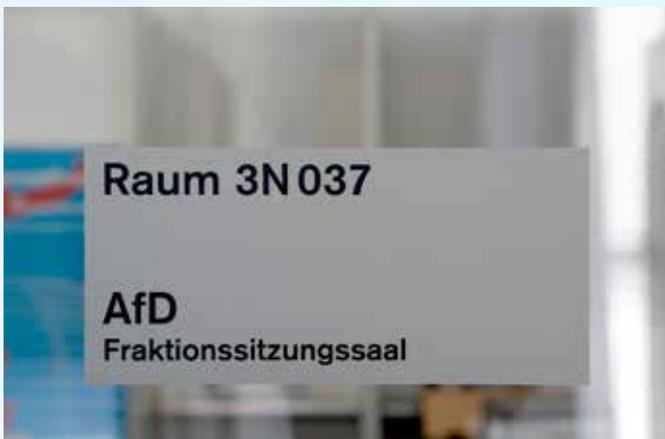


Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat einen neuen Sitzungssaal bezogen. Anlass waren die neuen Mehrheitsverhältnisse nach der Bundestagswahl im vergangenen Jahr. Seit diesem Sommer tagt die AfD-Fraktion im nordwestlichen Eckturm des Reichstagsgebäudes. Mitgenommen wurden bei diesem Umzug nicht nur die sieben großformatigen Grafiken mit Szenen aus der deutschen Nationalgeschichte, ausgehend von den Freiheitskriegen 1813 über die Revolution von 1848 und die Reichsgründung bis zum Mauerfall und der Wiedervereinigung, sondern auch der Name – Saal Paulskirche.

Mit dieser Namensgebung möchte die AfD-Fraktion an die Geburtsstunde der deutschen Demokratie erinnern. In gewissem Sinne stand der Apostel Paulus

der deutschen Demokratie Pate, denn nach ihm ist die 1833 fertiggestellte Paulskirche in Frankfurt am Main benannt. Über die Stadtgrenzen hinaus bekannt wurde die Kirche 1848 als Sitz des ersten gesamtdeutschen Parlamentes. Der eindrucksvolle Hallenbau bot der Frankfurter Nationalversammlung mit ihren anfänglich 585 Delegierten ausreichend Platz. Hier versammelten sich zum ersten Mal Abgeordnete unter den Farben Schwarz, Rot und Gold.

Unsere Nationalfarben begleiten die 78 Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion während der Fraktionsitzungen: Auf dem Eckturm des Reichstagsgebäudes weht Tag und Nacht die deutsche Fahne – dank der verglasten Decke des Sitzungssaales der AfD-Fraktion ist sie für die Abgeordneten jederzeit zu sehen.



Gegen die Corona-Willkür der Bundesregierung

Wir kämpfen seit über zwei Jahren gegen die übergriffigen Corona-Maßnahmen in Deutschland – mit Erfolg



Unterricht unter Corona-Bedingungen

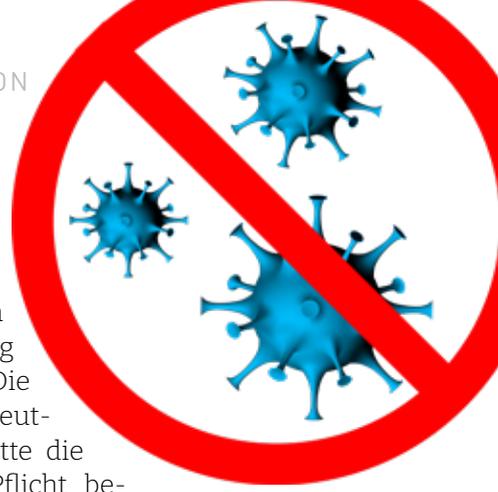
Die Wirksamkeit von Masken konnte bislang nicht eindeutig festgestellt werden

In den meisten Ländern sind die Anti-Corona-Maßnahmen und die damit einhergehenden Freiheitsbeschränkungen aus dem Alltag verschwunden. Geblieben ist das unguete Gefühl, wie schnell und in welchem Ausmaße Bürgerrechte quasi von einem Moment auf den anderen ausgehebelt werden können. Doch was anderswo bereits ein Fall für die Geschichtsbücher ist, setzt sich in Deutschland im Prinzip auch künftig fort – ein unheilvoller Zustand für unsere vom Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte, die die AfD-Fraktion immer wieder aufs Neue einfordert.

Bereits zu Beginn dieses Jahres verlangte die AfD-Bundestagsfraktion zum wiederholten Male von Justizminister Marco Buschmann (FDP), sein Versprechen, die Corona-Maßnahmen ab dem Frühjahr 2022 zu beenden (Bundestagsdrucksache 20/1018), end-

lich in die Tat umzusetzen. Für uns ist klar: Der Entschluss, sich impfen zu lassen, muss jeder Bürger für sich selbst und ohne jegliche Beeinflussung frei entscheiden können. Dass Menschen den zur Verfügung stehenden Impfwirkstoffen zu Recht kritisch gegenüberstehen, belegt die immer länger werdende Liste von Nebenwirkungen der angeblich so sicheren Wirkstoffe. Der vermeintliche Schutz der Corona-Impfungen reiht sich an viele weitere Falschaussagen und gebrochene Versprechen.

Im Frühling 2020 verkündete die Bundesregierung, dass die neu ergriffenen Corona-Maßnahmen nur vorübergehend für einige Wochen in Kraft gesetzt werden sollten, um die steigende Kurve der Neuinfektionen abzuflachen. Doch die Corona-Maßnahmen und -Sondergesetze sind seither nicht mehr vollständig aufgehoben worden – und das, obwohl



die Gefahr einer Überlastung des Gesundheitssystems, mit denen die Maßnahmen gerechtfertigt wurden, zu keinem Zeitpunkt gegeben war.

Forderung einer unabhängigen Kommission

Aus den oben genannten Gründen fordert die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag seit zwei Jahren die Aufhebung der unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen sowie die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission. Diese Kommission soll mit der Aufgabe betraut werden, wissenschaftliche Entscheidungsgrundlagen zur Bekämpfung von Epidemien auszuarbeiten (Bundestagsdrucksache 19/26899).

Es ist zu einem großen Teil den Abgeordneten der AfD-Fraktion zu verdanken, dass einige dieser Maßnahmen zurückgezogen wurden. Dank ihres unermüdlichen Einsatzes in den Anhörungen des Gesundheitsausschusses konnten zahlreiche Änderungen des Infektionsschutzgesetzes (Bevölkerungsschutzgesetz) durchgesetzt werden. Darüber hinaus konnten die Abgeordneten durch ihre Mitarbeit im Unterausschuss „Pandemie“ und im Parlamentarischen Begleitgremium Covid-19-Pandemie, durch ihre kritischen Fragen an die jeweiligen Sachverständigen und ihre Einsprüche gegen die entsprechenden Gesetzentwürfe im Plenum die Opposition und gesellschaftliche Positionierung gegen die Corona-Politik im Parlament öffentlich sichtbar machen. Mit Erfolg: Eine allgemeine Impfpflicht und ein Impfregister konnten mittels beharrlicher Aufklärungsarbeit verhindert werden.

Während in anderen europäischen Ländern die Corona-Maßnahmen in diesem Jahr entweder aufgehoben wurden, beziehungsweise nicht verlängert und nach heutigem Stand nicht wieder eingeführt werden sollen, drohen Deutschland weitere Corona-Maßnahmen – ungeachtet der Tatsache, dass selbst laut Bericht der Evaluierungskommission, in welche auch die AfD-Fraktion einen sachverständigen Experten entsendet hatte, keine fundierten wissenschaftlichen Grundlagen für die verhängten Maßnahmen bestimmt werden konnten.

Zweifel an der Wirksamkeit der Masken- und Impfpflicht

Die Wirksamkeit von Masken konnte laut Bericht bis dato nicht eindeutig festgestellt werden. Dennoch werden jeden Tag Millionen von Bundesbürgern nach wie vor zum Tragen genötigt. Die immer noch gelten-

de einrichtungsbezogene Impfpflicht wird von Pflegeverbänden inzwischen ebenfalls als „wenig sinnvoll“ erachtet. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hatte die Aufhebung dieser Pflicht bereits unmittelbar nach ihrem Inkrafttreten gefordert (Bundestagsdrucksache 20/1507).

Die Ampel-Koalition plant, die Freiheit der Bürger weiterhin mit Corona-Tests und Maskenpflicht einzuschränken. Darüber hinaus soll auch die Wiedereinführung von Abstandsregeln, Hygienekonzepten, Personenobergrenzen für Veranstaltungen sowie der „G-Regeln“ ermöglicht werden.

Deutschland verliert sich in einer kleinlichen Regelungswut, während andere Nationen Covid-19 längst als eine normale Infektionskrankheit einstufen. Covid-19 muss auch in Deutschland auf politischer Ebene endlich so behandelt werden wie andere saisonale Atemwegserkrankungen.

Ziel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist es, neue Corona-Maßnahmen in Zukunft zu verhindern. Damit ist sie die einzige Stimme der Freiheit und Grundrechte im Deutschen Bundestag.

Unser Antrag zu diesem Thema:

Ende aller Corona-Maßnahmen – Heute ist der „Tag der Freiheit“



Unser Antrag zu diesem Thema:

Ständige Epidemiekommision einrichten – Unabhängige, ausgewogene und umfassende Expertise für den Seuchenschutz in Deutschland sicherstellen



Unser Antrag zu diesem Thema:

Einrichtungsbezogene Impfpflicht gegen COVID-19 aufheben



Strohfeuer Sondervermögen

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert ein langfristiges Finanzierungskonzept für die Bundeswehr

Auch zu Beginn der 20. Wahlperiode ist die Lage der Bundeswehr desolat. Nach Jahrzehnten drastischer Sparmaßnahmen und Kürzungen ist sie nicht dazu befähigt, ihren im Grundgesetz festgehaltenen Auftrag zur Landesverteidigung wahrzunehmen. Zwar wurde in den letzten Jahren das Verteidigungsbudget wieder moderat angehoben, aber der Zustand der Truppe hat sich dadurch nicht signifikant verbessert. Keine einzige Brigade des Heeres ist derzeit vollständig ausgerüstet und aus dem Stand heraus einsatzbereit. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte hat die Bundeswehr entkernt. Die durchschnittliche materielle Einsatzbereitschaft der gesamten Bundeswehr liegt nach dem ohnehin geschönten Bericht der Wehrbeauftragten bei nur 68 Prozent. Durch die Abgabe von militärischen Waffensystemen, Munition und Material an die Ukraine hat sich die Lage für die Verbände der Bundeswehr seit Beginn des Russisch-Ukrainischen Krieges sogar noch verschlechtert.

Der Frieden auf dem europäischen Kontinent wurde durch die deutsche Politik über Jahrzehnte als selbstverständlich angenommen. Durch den völkerrechtswidrigen Angriff der Russischen Föderation auf das Staatsgebiet der Ukraine wurde der Traum dieses immerwährenden Friedens abrupt beendet. In der schwersten Sicherheitskrise seit dem Zweiten Weltkrieg benötigt Deutschland einsatzbereite

Streitkräfte, um die Sicherheit der Bürger und die Souveränität des Staates garantieren zu können.

Zusätzliche Kosten belasten Verteidigungsetat

Das von Bundeskanzler Scholz im Zusammenhang mit der „Zeitenwende“ angekündigte Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro verspricht nach jahrzehntelangem Abwirtschaften einen Umschwung für die Bundeswehr. Für die Truppe dringend benötigte Rüstungsprojekte sollen endlich zeitnah beschafft werden, um die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands wiederherzustellen. Bundeskanzler Scholz will die Bundeswehr zu der „am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa“ machen. Auf den ersten Blick erscheint dies angesichts der veränderten Sicherheits- und Bedrohungslage überfällig und erfreulich. Die Regierung scheint nun endlich nachzuvollziehen, was die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag bereits seit Jahren fordert: zusätzliche Mittel zur Modernisierung und Vollaustattung der Bundeswehr. Bei genauerem Hinsehen erweist sich das sogenannte Sondervermögen der Ampel-Koalition jedoch als gewaltige Mogelpackung. Neben der grundsätzlichen Frage, warum die Refinanzierung der Bundeswehr nicht einfach durch eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes hätte erfolgen können, ergeben sich eine Reihe von Problemen.



Soldaten steigen in einen Hubschrauber

Der Verdruss in der Truppe ist groß

Das Sondervermögen verhält sich zum Verteidigungshaushalt wie ein System „kommunizierender Röhren“. Wenn aus dem Sondervermögen ausgewählte, neue Projekte beschafft werden, fallen in der Folge für diese Systeme Kosten für Personal, Betrieb, Ausbildung und Infrastruktur an. Diese nicht zu unterschätzenden Folgekosten belasten in den Folgejahren den regulären Verteidigungshaushalt. Da dieser nach dem Plan der Bundesregierung aber in den nächsten Jahren nicht steigen soll, sondern bei rund 50 Milliarden Euro eingefroren ist, sinkt der Anteil für Investitionen anderer Projekte im Verteidigungshaushalt sogar.

Hinzu kommt, dass die nominell 100 Milliarden auch noch inflationsbereinigt werden müssen und davon zudem die Kosten für den Schuldendienst abzuziehen sind. In Wirklichkeit stehen der Bundeswehr also effektiv weit weniger als 100 Milliarden zur Verfügung. Das Sondervermögen wird somit in schätzungsweise fünf Jahren aufgebraucht sein.

Von der vollmundigen Ankündigung des Kanzlers, künftig „Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in unsere Verteidigung“ zu investieren, ist Deutschland also weit entfernt. Trotz des Sondervermögens wird Deutschland in diesem Jahr erneut seine Verpflichtungen gegenüber der NATO nicht erfüllen.

Der Verdruss in der Truppe ist indessen groß. Das Problem der schwerfälligen und überbürokratisierten Beschaffungsorganisation ist immer noch ungelöst. Die angekündigten Beschaffungen kommen nur in Zeitlupe voran und es kursieren sogar bereits Streichlisten für geplante Vorhaben. Die anhaltenden Pannen bei prominenten Rüstungsprojekten der letzten Jahrzehnte zeigen, dass es nicht allein auf das zur Verfügung stehende Geld, sondern auch auf das intelligente

Management desselben ankommt. Von den aus dem Sondervermögen zu finanzierenden Beschaffungsprojekten ist bislang noch nichts bei den Soldaten angekommen.

Fazit

- Eine signifikante Erhöhung der Verteidigungsausgaben, wie von der AfD-Bundestagsfraktion wiederholt gefordert, ist dringend notwendig, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands wiederherzustellen.
- Das von der Bundesregierung beschlossene „Sondervermögen Bundeswehr“ und die damit verbundene nominelle Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist nur ein Schritt in die richtige Richtung, löst die Probleme der Bundeswehr jedoch nicht.
- Das Sondervermögen ist nur ein Strohhalm, das absehbar in fünf Jahren verbraucht sein und künftig ein massives Finanzproblem für die dann verantwortliche Bundesregierung darstellen wird.
- Es bedarf umfassender Reformen bei der Beschaffungsorganisation und eines soliden, langfristigen Finanzierungskonzeptes, um die kostenintensive Anstrengung der Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu realisieren.

Unser Antrag zu diesem Thema:

Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“.



Ohne Gas keine Lebensmittel

Frühzeitig hat die AfD-Fraktion auf die verheerenden Auswirkungen

Unmittelbar nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine teilte die Bundesregierung mit, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in Deutschland nicht in Gefahr sei. Seitdem wird diese Aussage gebetsmühlenartig wiederholt. Es trifft zwar zu, dass in Deutschland mehr Weichweizen, Gerste, Kartoffeln, Zuckerrüben, Schweinefleisch und Milch erzeugt als verbraucht werden. Allerdings ist das nur die halbe Wahrheit.

Es gibt nämlich Zahlen, die eine andere Sprache sprechen: Der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln in Deutschland liegt mittlerweile nur noch bei etwa 88 Prozent. Das bedeutet, dass ein erheblicher Teil der Agrargüter zwingend aus dem Ausland importiert werden muss. Hinzu kommt, dass all diese Agrarrohstoffe weiterverarbeitet werden müssen, bevor sie verzehrbar sind. Und genau das könnte sich zum Problem entwickeln, wie die bereits im Jahr 2018 durchgeführte Krisenmanagementübung „LÜKEX 18“ ergab, bei der eine fiktive Gasmangellage simuliert wurde.

Das alarmierende Ergebnis dieses Planspiels war die Erkenntnis, dass die deutschen lebens- und futtermittelverarbeitenden Unternehmen rund die Hälfte ihres Energiebedarfes durch Erdgas decken. In einzelnen Sektoren wie Molkereien, Ölmühlen und Zuckerfabriken liegt dieser Anteil deutlich höher. Aufgrund immissionsrechtlicher Auflagen sowie Anforderungen hinsichtlich des Ausstoßes von Treibhausgasen dürfte der Erdgasanteil seither sogar noch gestiegen sein.

Engpässe bei der Düngerproduktion

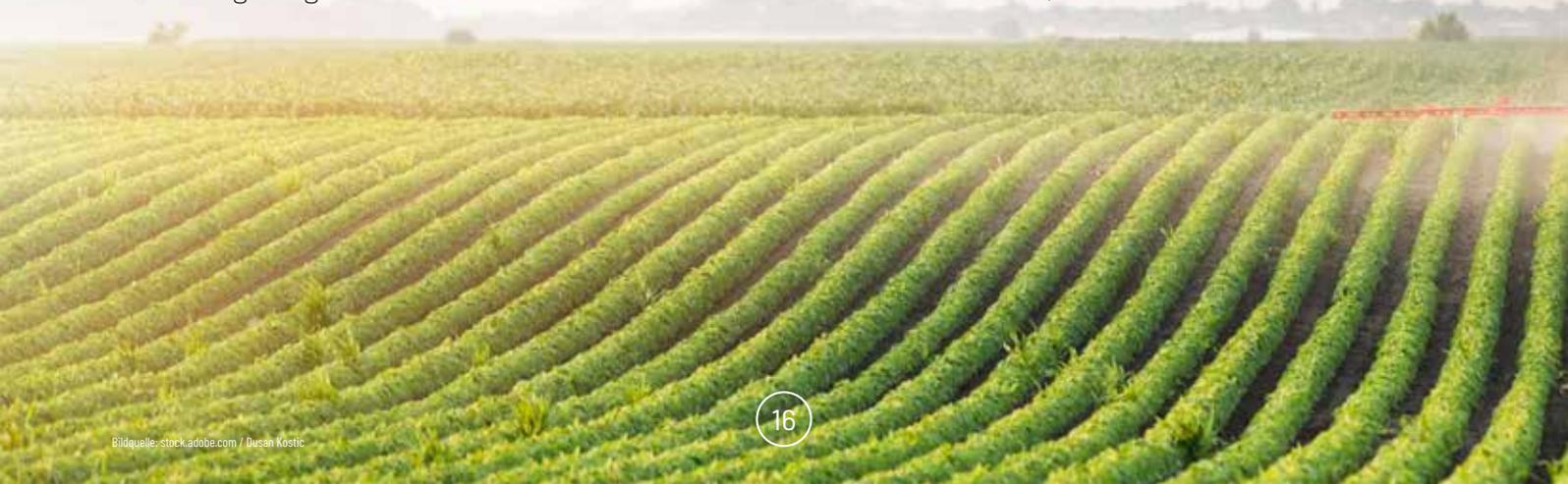
Aus den oben genannten Punkten lässt sich folgende Schlussfolgerung ableiten: Eine anhaltende Gasman-

gellage in Deutschland würde bei diesen Unternehmen zu erheblichen Versorgungsunterbrechungen führen. Kurz gesagt: Ohne Gas keine Lebensmittel.

Erdgas ist darüber hinaus entscheidend für die Sicherung der Ernten. Pflanzen benötigen in erster Linie Stickstoff, um optimal gedeihen zu können. Zu wenig Stickstoff wirkt sich demzufolge negativ auf die Erträge, die Erntemengen und letztendlich auf die Lebensmittelpreise aus. Für die Produktion von Stickstoffdüngern wird Ammoniak benötigt, welches wiederum aus Erdgas synthetisiert wird. Die Branche hatte schon im März dieses Jahres vor Ertragsrückgängen von bis zu 40 Prozent im Jahr 2023 gewarnt, falls die Lieferengpässe bei Gas und Dünger anhalten sollten.

Bereits Ende vergangenen Jahres kam es zu dramatischen Düngemittelengpässen, da viele Produzenten wegen der explodierenden Gaspreise ihre Herstellung entweder drosseln oder kurzzeitig einstellen mussten. Infolgedessen haben sich die Düngerpreise im Vergleich zum Vorjahr mehr als verfünffacht. Obwohl sich die Situation am Weltmarkt zwischenzeitlich wieder etwas entspannt hat, bleibt das Preisniveau nach wie vor sehr hoch.

Sollten die Gaspreise künftig weiter ansteigen, könnte es zu einer Unterversorgung der Landwirtschaft mit Mineraldünger kommen. Dieses Szenario ist auch denkbar, wenn die Gaspreise gleich blieben; die Folgen eines kompletten Gaslieferstopps sind indes noch nicht vollständig abzusehen. Angesichts der Tatsache, dass derzeit nur etwa 31 Prozent des Stickstoff- und etwa 49 Prozent des Phosphorbedarfes in Deutschland unter Verwendung von Wirtschaftsdüngern (Gülle, Jauche, Mist) aus der Tierhaltung gedeckt werden kann, stellt dies eine ernstzunehmende





Lebensmittel

Wegen einer Mangellage aufmerksam gemacht

Bedrohung dar. Die AfD-Bundestagsfraktion hat deshalb frühzeitig einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht mit der Forderung, die Sicherstellung der Versorgung mit Düngemitteln zu gewährleisten und die Bauern spürbar zu entlasten, um die Kostenexplosionen kompensieren zu können (Bundestagsdrucksache 20/1865).

Verlust von Agrarflächen

Sowohl die Versorgung mit Lebensmitteln als auch die Höhe der Lebensmittelpreise ist in Deutschland stark vom Erdgas abhängig. Die aktuelle Lage ist bereits jetzt kritisch – doch die Bundesregierung gefährdet unsere Ernährungssicherheit durch neue Verordnungen noch zusätzlich: Ab nächstem Jahr sollen vier Prozent der Ackerflächen eines Betriebes verpflichtend stillgelegt werden – dadurch werden etwa 300.000 Hektar aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen.

Auf diesen Flächen könnten theoretisch 1,4 bis 2 Millionen Tonnen Getreide angebaut werden. Mit der Neuausweisung von angeblich nitratbelasteten Gebieten kommen weitere rund 2,9 Millionen Hektar hinzu, auf denen nun Ernteverluste von bis zu 20 Prozent zu erwarten sind, weil in diesen Gebieten nur 80 Prozent des notwendigen Pflanzenbedarfes gedüngt werden darf. Verschärft wird die Lage weiterhin dadurch, dass die Bundesregierung den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, die ungefähr nur die Hälfte der Erträge aus der modernen Landwirt-

schaft generiert, mit großen Fördersummen auch künftig vorantreiben will.

Doch damit nicht genug: Durch Verbauung und den immensen Flächenverbrauch zur Errichtung neuer Freiflächenphotovoltaik- und industrieller Windkraftanlagen gehen noch mehr Agrarflächen verloren. Wenn die Bundesregierung uns bei jeder sich ihr bietenden Gelegenheit vor „Putins Kornkrieg“ warnt, dann muss an dieser Stelle die Frage erlaubt sein, warum sie gleichzeitig mit immer neuen überzogenen Regulierungen die heimische landwirtschaftliche Produktion einschränkt. Das ist nicht nur unglaublich, sondern in Zeiten weltweiter Lebensmittelverknappung auch grob fahrlässig.

Je weniger Nahrungsmittel wir in Deutschland selbst produzieren, desto mehr müssen wir aus dem Ausland importieren. Dort sind aber nicht nur die Arbeits-, Umwelt- und Tierschutzstandards deutlich niedriger als bei uns; wir erhöhen dadurch auch unsere Importabhängigkeit beträchtlich. Wie fatal das im Ernstfall sein kann, sehen wir aktuell beim Erdgas.

Unser Antrag zu diesem Thema:

Düngemittelversorgung und Bezahlbarkeit gewährleisten – Ukrainekriegsfolgen abmildern



Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen

Die AfD-Fraktion will keine Geldgeschenke für Bedürftige, sondern diesen ermöglichen, ihr Potential zu entfalten

Mit dem sogenannten „Bürgergeld“ führt die Ampel ein fast bedingungsloses Grundeinkommen für Arbeitslose ein, in dem Sanktionen nur ganz ausnahmsweise zum Zuge kommen. Auch ein vorhandenes hohes Vermögen soll für die Karenzzeit von zwei Jahren keine Rolle spielen – wie auch die Höhe der Wohnungsmiete.

Mit anderen Worten: Ein Arbeitsloser kann mit hohem Vermögen in einer teuren Wohnung sitzen und dennoch Geld kassieren. Wohnung und Heizen zahlt das Amt natürlich auch. Mit dem Bürgergeld verabschiedet man sich also vom Prinzip des „Fördern und Fordern“. Finanzieren müssen es die Arbeitnehmer und Selbstständigen, die jeden Morgen aufstehen und einer geregelten Arbeit nachgehen. Das als „sozial gerecht“ darzustellen, ist fragwürdig.

Mit dem Konzept der aktivierenden Grundsicherung hat die AfD-Fraktion eine Alternative zum Bürgergeld der Ampel-Koalition entwickelt. Menschen in Notlagen brauchen Hilfe und aufgrund der Solidarität innerhalb des Nationalstaates wird diese

Hilfe auch gewährt. Ausgangspunkt ist jedoch, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Sie ist vielmehr ein Geben und ein Nehmen. Im Rahmen der aktivierenden Grundsicherung wird dem bewährten Prinzip des „Fördern und Fordern“ treu geblieben. Es gilt die Leitidee: „Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten.“

Die AfD-Fraktion hat dazu den entsprechenden Antrag „Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit“ in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 20/3943). Mit dem Antrag fordern wir unter anderem die Einführung von gemeinnütziger Bürgerarbeit.

Gemeinnützige Bürgerarbeit

Die Bürgerarbeit mit 15 Wochenstunden soll durch Arbeitslose in der Grundsicherung („Hartz IV“) geleistet werden. Ausgenommen sind die Bürger, die bereits einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit mindestens 20 Wochenstunden nachgehen, die sich in Ausbildung befinden oder die aus gesundheitlichen Gründen der Bürgerarbeit nicht nachgehen können. Das Gebot zur Bürgerarbeit setzt erst nach einer Karenzzeit von sechs Monaten

Bürgergeld

im Grundsicherungsbezug ein. Dieser Karenzzeit sind zumeist zwölf Monate des Arbeitslosengeld-I-Bezuges vorgelagert.

Es ist also keineswegs so, dass der Arbeitslose sofort zur Arbeit verpflichtet wird. Bei der „Bürgerarbeit“ handelt es sich um gemeinnützige Beschäftigungsprogramme, wobei mögliche Einsatzbereiche der Zivil- und Katastrophenschutz, die Heimatpflege und Ortsverschönerung, der Umwelt- und Naturschutz und die Hilfe für Menschen mit Behinderungen sowie die Seniorenhilfe sind.

Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht, es werden jedoch Mehraufwendungen wie Fahrtkosten erstattet. Durch die Bürgerarbeit selbst wird kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis begründet, es wird jedoch auf ein solches positiv zugearbeitet. Der Bund unterstützt die Einrichtung und den laufenden Betrieb der im Rahmen der „Bürgerarbeit“ stattfindenden Programme. Dabei soll die Bürgerarbeit reguläre Arbeitsplätze in Unternehmen nicht gefährden.

Komplett anderer Arbeitsmarkt

Als 2005 die Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) eingeführt wurde, lag der Arbeitsmarkt am Boden. Es gab kaum neue Jobs und wenn doch, dann zumeist nur schlecht bezahlt. Die Arbeitsmarktsituation ist inzwischen jedoch komplett anders: Die Arbeitslosenquote ist seit 2005 von fast zwölf Prozent auf unter sechs Prozent gesunken. Sehr viele Unternehmen suchen händeringend Mitarbeiter, jeder kann die Aushänge und Suchanzeigen an Schaufenstern und an Geschäftswagen sehen.

Nach einer Schätzung des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gibt es zurzeit etwa 1,9 Millionen offene Stellen. Gerade im Servicebereich, wie der Gastronomie und der Gepäckabfertigung an den Flughäfen, gibt es eine starke Nachfrage. Auch für Ungelernte bestehen gute Chancen, gleichwohl können die offenen Stellen selbst bei Löhnen oberhalb von zwölf Euro die Stunde oft nicht besetzt werden.

Zugleich gibt es weiter eine sehr hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen beziehungsweise erwerbsfähigen Menschen, die dauerhaft im „Hartz-IV-Bezug“ sind. Beispielsweise gab es im Juni 2022 über 790.000 erwerbsfähige „Leistungsberechtigte“, die bereits seit zehn Jahren oder mehr im „Hartz-IV-Bezug“ stehen, also nicht wieder in den Arbeitsmarkt

integriert werden konnten.

Die 15-stündige Bürgerarbeit ist dagegen eine Brücke für die Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt; sie lenkt hin zu einer Aufnahme einer Arbeit mit mindestens 20 Wochenstunden.

Lohnabstand und Leistungsgerechtigkeit

Mit der Bürgerarbeit wird auch dem Aspekt der Leistungsgerechtigkeit mehr Geltung verschafft, wenn die Mittel zur Existenzsicherung an die „Bürgerarbeit-Teilnahme“ geknüpft werden. Anders beim Bürgergeld der Ampel-Regierung: Viele Arbeitnehmer, die Tag für Tag einer Arbeit im Niedriglohnbereich nachgehen, stehen – nach allen Abzügen – kaum noch besser da als die Grundsicherungsbezieher ohne Erwerbsarbeit. Damit sich eine Arbeit künftig wieder mehr lohnt, brauchen wir sowohl Wohlstandslöhne als auch mehr „Netto vom Brutto“, was nach unserem Konzept zunächst über die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer realisiert werden soll.

Mit dem parlamentarischen Antrag zur aktivierenden Grundsicherung wird auch die Einführung einer „Sachleistungs-Debitkarte“ für volljährige erwerbsfähige Grundsicherungsempfänger gefordert. Die Sachleistungs-Debitkarte funktioniert wie ein Gutschein beziehungsweise eine Kreditkarte; die Nutzer werden bei Einsatz der Karte nicht bloßgestellt. In bestimmten Fällen – wie etwa bei der Verweigerung der Bürgerarbeit – wird die Grundsicherung nicht mehr als Bargeldleistung, sondern unbar über die Debitkarte gewährt.

Die Debitkarte ermöglicht den Jobcentern eine verhältnismäßige, aber spürbare Reaktion auf mangelnde Mitwirkung, da sie den Kauf von Gütern, die nicht dem Regelbedarf dienen, ausschließt. Auch eine Auslandsüberweisung, die eine Zweckentfremdung der Grundsicherung darstellt, ist damit nicht möglich. Damit schafft die aktivierende Grundsicherung echte soziale Gerechtigkeit.

Unser Antrag zu diesem Thema:

Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit



Die AfD-Fraktion im Bundestag fordert

Energiesteuern

senken!

Steuern und Abgaben machen einen großen Teil der Energiekosten aus. Gerade jetzt muss die Regierung die Bürger entlasten und darf nicht noch an der Krise verdienen. Dafür setzen wir uns in Drucksache **20/3538** ein.

Bildquelle: Ingo Bartussek - stock.adobe.com



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Unser Bu

Zumindest in einer Hinsicht sind sich alle einig: Das Wahlrecht in seiner jetzigen Form muss reformiert werden. Seit der Bundestagswahl 2021 sitzen 736 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Er ist somit der größte Bundestag aller Zeiten und eines der größten Parlamente weltweit – mit gravierenden Folgen: Im Berliner Regierungsviertel wird der Büroraum knapp und die Kosten explodieren. Zum 1. September 2022 hat die vom Bundestag eingesetzte Kommission zur Reform des Wahlrechtes und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit, in der die AfD-Fraktion durch ihren Abgeordneten Albrecht Glaser vertreten ist, ihren Zwischenbericht vorgelegt (Bundestagsdrucksache 20/3250).

In der Sache hart und positionsfest, aber anderen Argumenten gegenüber aufgeschlossen, kämpft die AfD-Fraktion auch hier für die Interessen der Bürger – für eine schlanke und effiziente Volksvertretung. Leider zeigen sich dagegen die Vertreter der anderen Fraktionen häufig ideologisch geprägt, was in der verbreiteten Haltung mündet, die Positionen der AfD-Fraktion weitgehend zu ignorieren und einen entsprechenden Erkenntnisgewinn abzulehnen. Das gilt auch für viele Sachverständige der Kommission, die von den Fraktionen neben den Abgeordneten in gleicher Zahl und mit gleichem Stimmrecht entsandt werden. Zwar sind diese formal unabhängig, jedoch machen sich viele Experten mehr oder weniger deutlich die Positionen und Ansichten der benennenden Fraktionen und der hinter ihnen stehenden Parteien zu eigen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Kommission unter der Vorgabe des Paragraphen 55 Bundeswahlgesetz arbeitet, der die Arbeitsfelder der Kommission vorgibt und eher ergebnisorientiert statt ergebnisoffen formuliert ist. Unter anderem heißt es darin: Die Kommission „befasst sich auch mit der Frage des Wahlrechtes ab 16 Jahren, der Dauer der Legislaturperiode und entwickelt Vorschläge zur Modernisierung der Parlamentsarbeit. Die Reformkommission wird darüber hinaus Maßnahmen empfehlen, um eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern auf den Kandidatenlisten und im Deutschen Bundestag zu erreichen.“

Da der Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages vom März 2022 (Drucksache 20/1023) auf dem Bundeswahlgesetz fußt, arbeitet die Kommis-



muss klein

Die AfD-Fraktion setzt sich in der V Deutschen Bundestages für eine V

sion folglich mit eng geschnürtem Korsett. Zu wenig Luft zum Atmen also und kaum Chancen auf freigeistiges Ringen nach der besten Lösung. Dabei sind die Forderungen nach einem aktiven Wahlrecht für Minderjährige oder einer Erhöhung des Frauenanteiles im Parlament durch Quotengesetz keine zwingenden Logiken oder gar Demokratiegebote.

Auch zu Überlegungen nach Begrenzung von Amts- und Mandatszeiten gibt es zwischen den Fraktionen Kontroversen. Gleiches könnte für Fragen nach einer Modernisierung der Parlamentsarbeit gelten, die noch in der Kommission behandelt werden. Die Installation eines kostenreduzierten und arbeits-

Bundestag



mer werden

Wahlrechtskommission des Verschlankung des Parlamentes ein

fähigeren zukünftigen Parlamentes mit möglichst „nur“ 598 Abgeordneten, das heißt eine effektive Wahlrechtsreform, scheint hingegen weitgehend unstrittig. Doch jenseits dessen herrscht viel Ideologie, Realitätsferne und damit ein Mangel an Konsensbereitschaft. „Konstruktive, unvoreingenommene oder gar inspirierende Sacharbeit um das Ringen nach besten Lösungen mit den Damen und Herren Kollegen ist nicht möglich“, stellt Albrecht Glaser dazu fest. Auch die Bereitschaft, Mindermeinungen zu hören und diese gegebenenfalls zu Mehrheitsmeinungen wachsen zu lassen, sei nicht ausgeprägt. Umso nachdrücklicher vertritt Glaser die Haltung der AfD-Fraktion, zum Beispiel in der

Ablehnung des Wahlrechtes für Minderjährige und des Quoten-Parlamentes.

In einem Punkt konnte sich die AfD-Fraktion aber prominent platzieren: Ihr Modell eines reformierten Bundeswahlgesetzes (Drucksache 19/22894) ist am Ende des Diskussionsprozesses unter Umständen sogar parlamentarisch mehrheitsfähig. Hauptbestandteil ist die Reduzierung der Abgeordnetenanzahl auf die Regelgröße von 598 Abgeordneten. Unser in die Kommission eingeführter Vorschlag, den die AfD-Fraktion bereits in der vergangenen Wahlperiode in das Parlament eingebracht hatte, wurde zum Gegenstand der Kommissionsarbeit – wenn auch nur über einen Umweg.

Vertreter von FDP, SPD und Grünen gaben in einem Zeitungsartikel einen im Kern identischen Vorschlag zum Besten – zum Ärger vieler Kommissionsmitglieder noch vor der inhaltlich ersten Beschäftigung der Kommission mit diesem Thema. Gewissermaßen ein „Foulspiel“ der Ampel-Koalition, mit dem diese die AfD-Idee aufgriff und der Kommission vorlegte. Man darf gespannt sein, wie der Gesetzeswortlaut des Ampel-Modells dann im Ergebnis genau aussieht, sofern er in Kürze ins Parlament eingebracht wird.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) merkte jedenfalls bereits an, es sei Eile geboten.

www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/kommission-wahlrecht



HIER SCANNEN

Unterrichtung durch die
Kommission zur Reform
des Wahlrechtes und
zur Modernisierung der
Parlamentsarbeit: [https://
dserver.bundestag.de/
btd/20/032/2003250.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/032/2003250.pdf)



IMPRESSUM

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Pressestelle und Mediengestaltung

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Januar 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  [gettr.com/user/
afdbundestag](https://gettr.com/user/afdbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>

